

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf

Tel. 044 217 77 66
Fax 044 217 77 65
E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch



Zürich, 10. Dezember 2013

Massenzuwanderung bedroht Landwirtschaft

Konrad Langhart, Kantonsrat SVP, Landwirt, Oberstammheim

Die mit der Personenfreizügigkeit verbundene ungebremste Zuwanderung in unser Land erweist sich je länger desto deutlicher auch für die Landwirtschaft als untragbare Last. Wohl resultiert dadurch für ein paar wenige Lebensmittel ein Mehrbedarf. Dieses Argument ist angesichts eines Selbstversorgungsgrades der Schweiz, der heute schon gegen 50 Prozent tendiert sehr kurzsichtig und nicht stichhaltig. Wir einheimischen Bauern hätten mehr als genug Absatzmärkte im Inland wenn die Nachfrage nach gesunden und nachhaltig produzierten Produkten etwas mehr und der Ruf nach Billigstimporten etwas weniger wäre.

Das Hauptproblem der Zuwanderung ist der Verlust an Fruchtfolgeflächen, sprich der Zubetonierung vor allem des Mittellandes. Der Bundesrat sprach vor der Einführung der Personenfreizügigkeit von einer Nettoeinwanderung von etwa 10'000 Personen. Tatsächlich sind es heute jährlich gegen 80'000. Diese Menschen brauchen Wohnungen, Schulhäuser, Strassen, Schienen, etc. und ja auch Nahrungsmittel. Während heute bei 8 Millionen Einwohnern schon viele Infrastrukturen am Anschlag sind, rechnet selbst das offizielle Bern mit 11 Millionen im Jahr 2050. Wie das funktionieren soll, weiss niemand. Auf jeden Fall wird der Landverschleiss so weiterhin enorm sein. Die Produktionsgrundlage der Landwirtschaft wird immer kleiner und eine minimale Eigenversorgung wird nicht mehr möglich sein. Das gleiche gilt für die Natur und die Erholungsräume. Auch sie werden zwangsläufig in ihrem Bestand gefährdet. Die Einwanderungsinitiative der SVP ist eine wirkungsvolle Massnahme um diesem Trend entgegenzuwirken.

Der Bedarf an Arbeitskräften wird als Argument gegen das Volksbegehren angeführt. Die einheimische Landwirtschaft benötigt tatsächlich je nach Saison bis zu 20'000 Mitarbeiter, die in der Schweiz schwer zu finden sind. Aber genau das wird ja in der Initiative geregelt. Die Schweiz soll die Migrationspolitik nach dem tatsächlichen Bedarf ausrichten. Das hat vor der Personenfreizügigkeit auch

funktioniert. Andere Staaten werden diese Leute nicht daran hindern in die Schweiz zu reisen. In Kanada, Neuseeland, Australien, etc. geht das auch so.

Im nächsten Frühjahr wird im Zürcher Kantonsrat der kantonale Richtplan diskutiert. Schon heute ist es fast unmöglich alle Interessen auf den begrenzten Landressourcen unter ein Dach zu bringen. Wenn die ungebremste Zuwanderung speziell in den Kanton Zürich auf dem jetzigen Niveau anhält, ist der Richtplan schon in wenigen Jahren das Papier nicht mehr wert auf dem er gedruckt ist.

Auch der Zürcher Bauernverband (ZBV) hat erkannt, dass die Masseneinwanderung beschränkt werden muss. Der ZBV-Vorstand hat daher sehr deutlich (16 zu 2) die JA Parole zu dieser Initiative beschlossen. Damit reagiert er auf das unverhältnismässige Wachstum der Bevölkerung im Kanton Zürich und der damit verbundenen Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung zu Lasten der Landwirtschaftsflächen. Die Zürcher Bauern unterstützen eine von der Schweiz selber definierte Einwanderungsregelung und sind überzeugt, dass damit die Anforderungen der Wirtschaft, der Landwirtschaft und des Dienstleistungssektors nach geeignetem Personal erfüllt werden. Ein zusätzlicher Kulturlandverlust ist insbesondere im bereits sehr dicht besiedelten Kanton Zürich nicht mehr weiter tragbar.

Aus Sicht der Landwirtschaft ist die Einwanderungsinitiative ein Schritt in die richtige Richtung und eine passende Ergänzung zum Richtplan mit dem Ziel eines griffigen Kulturlandschutzes und einer geordneten Raumplanung.